

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

268 (18.11.1925)



# Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbm. 1.15 M. mit 1.4 M. ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S. Samstags 15 S. — Anzeigen: die einsp. Kolonelleite 22 S., auswärts u. Kollektivans. 28 S., Reklame 1 M. Annahmefrist 8 Uhr vorm.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle: Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

## Reichskabinett und Hindenburg für Locarno

### Die Reichsregierung für das Wert von Locarno

Auch Hindenburg zur Unterzeichnung bereit  
Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten die Beratung über die außenpolitische Lage abgeschlossen. Der Reichsminister des Auswärtigen wurde beauftragt, die erforderliche Vorlage an die Reichsversammlung auszuarbeiten. Die Beschlusfassung über die Vorlage wird nach der zum Donnerstag einberufenen Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder erfolgen.

Dabei hat sich die Reichsregierung grundsätzlich für die Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrages von Locarno ausgesprochen. Sie handelt hierbei in voller Übereinstimmung mit dem Reichspräsidenten. v. Hindenburg. Für ihn, den gepriesenen Ketter, ist annehmbar, was die Deutsche nationale Partei als unannehmbar bezeichnet. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung grundsätzlich bereit ist, dem Vertrag von Locarno Rechtskraft zu verleihen. Ledig gefallt es ihr wohl nicht, weil man über das Programm der Rückwirkungen eine präzisere Form erwartet hätte. Wer würde nicht wünschen, daß das Rheinland von heute auf morgen geräumt wird und die Militärkontrollkommission ebenso schnell verschwindet. Aber ganz abgesehen davon, daß die endgültige Klärung dieser Frage im wesentlichen von den politischen Verhältnissen abhängt, muß doch darauf hingewiesen werden, daß die Enttäuschungen der Reichsregierung etwas sonderbar anmutet. Sie hat bei der Rückkehr der deutschen Delegation von Locarno mit den alliierten Regierungen über die Rückwirkungen und auch über die Regelung der Entwaffnung verhandelt. Das auf dem Boden völliger Gleichberechtigung zustande gekommene Ergebnis ist in den vorliegenden Noten der alliierten Regierungen niedergelegt. Die Reichsregierung hatte jedenfalls vor ihrer Übermittlung nach Berlin von dem Inhalt Kenntnis. Wie man da nachträglich von schmerzlicher Enttäuschung reden kann, erscheint uns rätselhaft.

### Notenwechsel zur Entwaffnung

Eine Übersicht über das letzte Stadium der Verhandlungen  
Berlin, 17. Nov. (Eig. Bericht.) Amlich wird mitgeteilt: Das letzte Stadium der Verhandlungen über die Entwaffnungsfrage wird durch die nachfolgende Veröffentlichung derjenigen Schriftstücke, nämlich 1. die deutsche Note an die Völkervereinigung vom 23. v. M., 2. die Note der Völkervereinigung vom 6. d. M., 3. die mündliche Erklärung des Generalsekretärs der Völkervereinigung vom 14. d. M., sowie endlich durch die bereits heute morgen veröffentlichte Note über die Räumung der nördlichen Rheinlande gekennzeichnet.

Wie sich aus diesen Schriftstücken ergibt, lagen zwischen der Note der Völkervereinigung vom 6. d. M. und der Erklärung des Generalsekretärs der Völkervereinigung weitere Verhandlungen. Diese bezogen sich auf folgende Punkte:

1. Polizei: Die von der deutschen Regierung in dauernder Fühlung mit den Länderregierungen geführten Verhandlungen hatten über die meisten Fragen bereits zu einer Verständigung geführt; offen waren nur drei Punkte geblieben, nämlich die Art der Einleitung der Schulpolizeibeamten, die Amtsbezeichnung der Schulpolizeioffiziere und die Stärke der internationalen Polizei. Die nunmehr vereinbarte Regelung bewegt sich den Wünschen der Länder entsprechend in der Richtung, daß die Schulpolizeibeamten auf Grund der in den einzelnen Ländern geltenden, den allgemeinen beamtensrechtlichen Bestimmungen oder auf Grund der nur für die Ordnungspolizei geltenden Sonderbestimmungen angestellt werden können. Hinsichtlich der Amtsbezeichnung der Polizeioffiziere sowie hinsichtlich der Kamerierung ist den politischen Notwendigkeiten der deutschen Länder Rechnung getragen worden.

2. Oberbefehl: Bei der Frage des Oberbefehls handelt es sich um die Stellung des Chefs der Heeresleitung gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Versailles. Seine Befugnisse sollen durch die Verordnung umschrieben werden, die dem Artikel 8 des in Geltung befindlichen Wehrgesetzes vom 23. Dezember 1921 entspricht.

3. Ausbildung der Truppen: Hier waren noch einige Punkte strittig, die sich auf die Ausbildung einzelner Truppengattungen mit bestimmten Waffen bezogen. Für diese Punkte ist jetzt eine neue Regelung gefunden, die den militärischen Notwendigkeiten der Reichswehr in genügender Weise Rechnung trägt.

4. Festlegung Königsberg: Die noch offene Frage der Armierung der Festung ist dahin geregelt worden, daß die zwei Geschütze den deutschen Wünschen entsprechend bewegliche Lafetten erhalten.

5. Behandlung der in Deutschland bestehenden privaten Verbände und Organisationen: Es handelt sich nicht um die Auflösung der Verbände, sondern um die Handhabung des Gesetzes vom 22. März 1921, das die militärische Betätigung dieser Verbände verbietet. Das Gesetz wird durch eine Ausführungsverordnung erneuert werden.

Die vorstehend behandelten Fragen haben, wie bekannt, schon seit langem den Gegenstand schwieriger Auseinandersetzungen mit der Interalliierten Militärkontrollkommission gebildet. Sie waren es in erster Linie, die einer endgültigen Regelung der Entwaffnungsfrage entgegenstanden. Nachdem nunmehr für diese Fragen eine grundsätzliche Regelung gefunden wurde, bleibt von der Gesamtzahl der Fragen nur noch die technische Abwicklung von einigen Punkten übrig, bei denen neue Schwierigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten mit den alliierten Regierungen nicht mehr zu befürchten sind. Dementsprechend ist auch die Interalliierte Militärkontrollkommission noch verbleibende Aufgabe nur eine rein technische, deren Erledigung nicht allzu lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Mit dem Aufbau der Kommission ist bereits begonnen.

### Die deutsche Note vom 23. Oktober

Berlin, 17. Nov. Die deutsche Note an die Völkervereinigung vom 23. Oktober 1925 weist in Beantwortung der Kollektivnote der alliierten Regierungen vom 4. Juni 1925, in der der deutschen Regierung diejenigen Forderungen zur Kenntnis gebracht werden, deren Nichterfüllung die alliierten Regierungen als erfüllt ansehen und die nördliche Rheinlande zu räumen, darauf hin, daß die deutsche Regierung schon vor der Übergabe der Note die Abklärung in den wesentlichen Punkten durchgeführt habe. Die deutsche Regierung — so heißt es in der Note weiter — ist nunmehr in der Lage mitzuteilen, daß eine sehr erhebliche Zahl der in der Kollektivnote aufgeführten Forderungen inzwischen erfüllt ist und die Erledigung der übrigen Forderungen der überwiegenden Mehrzahl der übrigen Forderungen bis zum 15. November ds. Js. in sicherer Aussicht gestellt werden kann. Von den gegenwärtigen Forderungen bleiben dann nur noch Fragen übrig, deren Erledigung infolge besonderer Schwierigkeiten noch nicht endgültig gefördert werden konnte. Die deutsche Regierung ist jedoch der Auffassung, daß auch diese Fragen befriedigend geregelt werden, wenn den deutschen Lebensnotwendigkeiten Rechnung getragen wird. Unter diesen Umständen erlaubt die deutsche Regierung, daß die Voraussetzungen für die endgültige Erledigung aller Fragen schon jetzt gegeben sind und darf daher wohl erwarten, daß die Völkervereinigung bereit ist, die Interalliierte Militärkontrollkommission mit entsprechenden Weisungen zu versehen, in der die in der Kollektivnote der alliierten Regierungen behandelten Fragen in vier Rufen nach dem damaligen Stande ihrer Erledigung gruppiert sind.

### Die Antwort der Völkervereinigung vom 6. November

Berlin, 17. Nov. Die Antwortnote der Völkervereinigung auf die deutsche Note vom 23. Oktober hebt die Genauigkeit der alliierten Regierungen hervor, daß die in Liste 1 der Anlage der deutschen Note angegebenen Forderungen erfüllt seien. Hinsichtlich der in den Listen 2 und 3 behandelten Fragen erwarteten die alliierten Regierungen, daß die Kontrollkommission bald in der Lage sein werde, die Durchführung des für diese Punkte vorgesehenen Programms festzustellen. Die alliierten Regierungen rechnen darauf, daß die deutsche Regierung die Vereinigung der in Liste 3 angeführten Punkte für einen möglichst bald nach dem 15. November liegenden Zeitpunkt sicherkstellen werde. In den in Liste 4 behandelten Fragen hatten es die alliierten Regierungen jedoch für erforderlich, daß über das noch auszuführende Programm ein Einvernehmen erzielt werde, ehe sie zu einer endgültigen Würdigung der Durchführbarkeit der Entwaffnungsbestimmungen schreiten. Sie bitten daher von der deutschen Regierung Vorschläge zur Regelung der in Liste 4 erwähnten Fragen. Sie müssen die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung darauf lenken, daß insbesondere hinsichtlich der Punkte 4 und 5 der Vorschlag zum Ziele haben müsse, die Polizei des militärischen Charakters zu entkleiden und die Verbände jeder Art zu verbinden, sich mit militärischen Fragen zu befassen und Verbindungen mit militärischen Stellen zu unterhalten. Ebenso muß hinsichtlich des Punktes 2 (Oberbefehl) die Übung zum Ziel haben, die Auslieferung oder Anstellung von Kommandos übergeben zu unterlassen, die den Gruppenkommandos übergeordnet sind.

Am 14. November erklärte der Generalsekretär der Völkervereinigung, Massiali, gegenüber dem deutschen Völkervereiniger in Paris, die Völkervereinigung habe nach Kenntnisnahme der letzten deutschen Vorschläge in der Entwaffnungsfrage beschlossen, den Beginn der Räumung der Röhre Zone auf den 1. Dezember festzusetzen. Die Völkervereinigung werde am 16. November dem deutschen Völkervereiniger eine schriftliche Bestätigung dieses Beschlusses überreichen.

### Das Zentrum bekennt sich zur Republik

#### Der Ausgang in Cassel

Was dem diesjährigen Zentrumsparteitag das Gepräge gab, war die Tatsache der Öffentlichkeit. Zum erstenmal war auch die nicht dem Zentrum angehörende Presse zugelassen. Zahlreiche Zuhörer schickten zu den Tribünen und der Parteitag stand augenscheinlich unter dem Eindruck, daß er sich auf einem noch ungewohnten Boden bewege. Mehrfach kam die Befürchtung zum Ausdruck, daß durch die öffentliche Erörterung der schwebenden Streitfragen das Interesse der Partei geschädigt werde. So sehr steht noch immer ein Teil dieser großen Partei im Banne überlieferter Formen. Was hier im vollen Lichte der Öffentlichkeit gesprochen und verhandelt worden ist, das wird sich fortsetzend auch auf die weitere Haltung der Zentrumsgruppe erstrecken. Ein Zeichen dafür ist der Antrag, die ganze Partei auf eine andere organisatorische Grundlage zu stellen, wie dies bei allen anderen Parteiapparaten mit Errichtung von Mitgliedsbeiträgen usw. der Fall ist. Politisch kommt die demokratische Entwicklung zum Ausdruck in der Erledigung des Falles Wirth, in dem programmatischen Bekenntnis zur Republik, wie es in dem eingebrachten Antrag abgeleitet wurde. Es soll nach dem Wortlaut dieses Antrages nicht nur ein Bekenntnis sein, sondern es soll eine entschlossene positive Haltung für die Republik ankündigen. Damit hat die Partei einen Schritt getan, der die Grenze zu den schwarz-weiß-roten Parteien schärfer zieht als das bisher der Fall gewesen ist. Soweit bisher von einer „Demokratie“ in der Organisation des Zentrums die Rede sein kann, hat sie in der harten Beschäftigung des Parteitagges Ausdruck gefunden. Das die programmatische Festlegung des Zentrums auf die demokratisch-republikanische Staatsform erfolgte, das ist eine Tatsache, die in ihrer politischen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, wenn man auch annehmen kann, daß manche der Parteitagsgesandten die Tragweite dieses Beschlusses kaum erfaßt haben. Die temperamentvollen Ausführungen Dr. Wirths gaben zweifellos den ganzen Verhandlungen Inhalt und Kraft. Es leugneten alle diese Werber um die Massen, Wirth jemals Steine in den Weg gesetzt zu haben. Ja, man empfindet den Vorwurf schon als eine Kränkung, daß man jemals daran gedacht habe, ihn und seinesgleichen auf Eis zu legen. Die große Sympathie der Massenversammlung galt Dr. Wirth. Das Vertrauen zu diesem Mann zeigte sich auch auf dem Parteitag. Dr. Wirth kündigte auf dem Parteitag die Möglichkeit eines Wiedereintritts in die Fraktion an, was begreiflicherweise mit stürmischem Jubel aufgenommen wurde.

Die Resolution über das Verhältnis des Zentrums zur republikanischen Verfassung, die einstimmig angenommen worden ist, hat diesen Wortlaut:

„Die Zentrumsgruppe ist ihrem Wesen nach eine Verfassungspartei. Ihre grundsätzliche Einstellung zum Staats- und Autoritätsbegriff ermöglicht ihr die Bejahung der republikanischen Staatsform, in welcher dieser Begriff seine weitestgehende Verwirklichung findet. Diese Bejahung darf sich nicht nur auf die Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen beschränken, sondern muß sich in positiver Mitarbeit auswirken. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist eine klare, entschlossene, positive Einstellung unumgänglich notwendig, je mehr die Staatsform dem Willen des Volkes abhängt. Darum bekennt sich die Zentrumsgruppe zur deutschen Republik, die in der Weimarer Verfassung festgelegt ist und deren Schutz und Durchbringung mit dem Zentrumszweck sie als ihre Pflicht und Aufgabe betrachtet.“

### Die Verständigung zwischen Dr. Wirth und dem Zentrum

Im Verlauf der Dienstagsitzung des Zentrumsparteitages ergriff Dr. Wirth noch einmal das Wort und erklärte: Es ist ganz klar, daß ich, wenn ich Ihnen diene, auch den Weg suchen muß, mit allen meinen Freunden zusammen vereint die Fahne voran zu tragen. (Stürmischer minutenlanges Beifall.)

Dr. Marx ergriff darauf das Wort unter stürmischem Beifall: Ich schlage in die Hand ein, die Dr. Wirth nach uns ausgestreckt hat. Wir werden die Auseinandersetzung im Geiste der Veröhnlichkeit und des friedlichen und verständnisvollen Zusammenwirkens fortsetzen. Die Einheit der Partei und Fraktion ist meines Erachtens durch diesen Ausgang des Parteitagges gewährleistet.

### Zur Lage in Syrien

Paris, 17. Nov. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Damaskus, soll der interimistische französische Oberkommissar in Syrien, General Gemelin, seine Reiterung um 50 000 Mann Verstärkung gebeten haben. Alsdann könnte man der Lage leichter Herr werden. Im übrigen herrsche verhältnismäßige Ruhe, ohne daß indessen die Lage als normal bezeichnet werden könnte. Anzeichen von Beunruhigung würden von den entlegeneren Gegenden gemeldet.

Paris, 17. Nov. Ein Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ meldet, daß die christlichen Freiwilligen in Libanon einen Rückschlag erlitten hätten. Nach 48stündigem hartnäckigen Widerstande gegen die Drusen, von denen 300 gefangen seien, hätten sie die Dörfer Djudida, Merdeim, Katada und Dasbaja verloren.



### Vom Großen zur Million

Es muß einmal ausgesprochen werden: Der „Reichsaus- schuß für die Beihilfen des deutschen Volkes“, der zurzeit mit Hochdruck arbeitet, um die von ihm benötigten Gelder zusammenzubekommen, hat sich für seine Sammlung den denkbar ungünstigsten Zeitpunkt gewählt. In seinen Kundgebungen legt er Wert darauf, daß eine Spende des gesamten Volkes gesammelt werden soll und deshalb der Großen des Arbeiters ebenso wertvoll ist wie der Tausendmarktschein des reichen Mannes. Wenn es nun schon leider mit den Tausendmarktscheinen des reichen Mannes ganz bedenklich harert, so harert es erst recht mit den Großen des Arbeiters. Alle Tage hört man von Wertstillelegungen; die Arme der Arbeits- und Erwerbslosen wächst unaussehbar, die zugesagte Verbilligung der Preise bleibt aus, der Winter steht unmittelbar vor der Tür, und selbst der Vermittler möchte doch wenigstens für einige Großen eine kleine Weihnachtsfreude auf die Gesichter seiner Kinder zaubern. Da bleibt kein Großer für die Beihilfen-Gelderspende übrig, und das ist doch bedauerlich.

Das die Beihilfen des ganzen Volkes an der Spende wünschenswert ist, geht schon daraus hervor, daß der Ruf nach — was nicht immer beachtet worden ist — auch von folgenden sozialistischen Führern unterschrieben ist: Leipart (ADGB), Falkenberg (ADG), Oberpräsident Bering, Leiter des Reichsbanners, Reichstagspräsident Loebe im Kuratorium, das über die Verwendung der eintommenden Gelder zu entscheiden hat. Der Zweck der Sammlung ist, die Friedrichshafener Luftschiffwerke zu erhalten und mit ihr den erlesenen Stab technischer Mitarbeiter und die nach Hunderten zählende Arbeiterkraft, um die bei der Ozeanfahrt des R. R. 3 gewonnenen Erfahrungen für den Bau eines neuen, verbesserten Luftschiffes zu verwerten. Das aufzunehmende Kapital geht also in Form von Löhnen und Gehältern in die Wirtschaft zurück und dient der technischen Verwirklichung des Luftfahrtzweiges und damit der Erweiterung und Festigung der Kulturbedeutung des deutschen Volkes. In Berlin hat sich der Fall ereignet, daß eine große Anzahl öffentlicher Jugendverbände die Mitarbeit an der Spende abgelehnt hat. Das mag ein Ansporn für die zuverlässigen Träger der deutschen Republik sein, zu zeigen, was das eigentliche Volk kann. Das deutsche Volk gibt heute bereits wieder annähernd 3 Milliarden = 3000 Millionen Mark für Bier, Wein, Schnaps und Tabak aus. Sollte es da nicht imstande sein, 6 Millionen für eine Sache aufzubringen, die ihm helfen wird, wieder Weltgeltung zu bekommen?

### Ein guter Vergleich

In unserem Chemnitzer Parteiorgan lesen wir: „Die märchenhafte Renaturierung der deutschen Republik gewinnt immer mehr die Züge eines nützlichen Hauskaters, das dem deutschen Michel die Wolle für seine Zinsfremde liefert. Dieser Reichsweheminister Schuler, der sich als „Demokrat“ von seiner Partei losgelöst und allein schon deswegen in keinem anderen Lande der Welt möglich wäre, hat nun bereits zwei diese Verfassungsbüchlein hinter sich ...“

Um die ungeheuerliche Verdrängung des jetzigen Zustandes voll zu begreifen, braucht man sich nur in einen ähnlichen Fall hinein zu versetzen, der etwa im alten kaiserlichen Staat passiert wäre. Man stelle sich wie ein nüchternen Forscher und ohne jede Uebertreibung vor: ein sozialdemokratischer Führer aus dem roten Königreich Sachsen wäre zum Kriegsminister S. M. Wilhelms II. augezogen und hätte ihm gesagt, daß die sächsischen Arbeiter den monarchistischen Krampf satt hätten, am nächsten Sonntag die Republik anzulernen und den sächsischen König an die frische Luft befördern würden! Wenn alsdann der Kriegsminister seiner Majestät sich hinter den durchsichtigsten Ohren getraut und gesagt hätte: „Ja, wenn die Sachsen nun einmal ihre rote Republik haben wollen, dann in Gottes Namen! Uebelnehmen kann man es ihnen bei diesem König Anlauf weiß Gott nicht. Im übrigen wird die Regierung das für sorgen, daß bei dem Umsturz kein Soldat der kaiserlichen Armee den sächsischen Sozialdemokraten ein Härchen krümmt!“

Diesen Fall stelle man sich also mit aller Eindringlichkeit vor. Und man frage sich was die herrschende Klasse des kaiserlichen Staates mit einem solchen Kriegsminister gemacht hätte. Die Todesstrafe wäre noch das Geringste gewesen. Wahrscheinlich aber hätte man, um die Tollheit des Unternehmers sinnfällig zu demonstrieren, den Mann auf Lebenszeit in ein graues Irrenhaus gesteckt und dort vermodern lassen. Man hätte damit gesagt: eine so tolle Idee kann nur aus der Nacht des Wahnsinns aufsteigen, normale Gehirne vermögen das nicht zu begreifen.“

### Christkind in Bayern

Arbeiter, wacht auf!  
Es meldet der Draht,  
In windigem Lauf  
Die Rettung jetzt naht!  
So schnell schon? — Ei ja, es dachten sie aus  
Vier Herren im Münchener Hofbräuhaus!

Wie? Was? Aus Bayern?  
Wie kommt es mir vor?  
Von Hitler dem „Leuten“?  
So tönt es im Chor.  
Ja, ja, Kollegen, kein Scherz ist's, kein Spaß,  
Sondern ein Ministerialerlaß!

Der Mann im Mittel —  
Mit Knack's im Gekent —  
Erhält 'nen „Titel“ —  
Als Reichsweheminister!  
Der geschmeilt, geschminkt früh und spät,  
Der wird mit fünfhunderttausend — „Arbeitsrat“!

Nun ist es erreicht!  
Proleten, seid still!  
In Demut jetzt leucht:  
„Wie Rupprecht es will!“  
Und quält euch der Hunger — Wasen zusammen!“  
Aber verpflichtet, halt's Maul — und Red' stramm!“

### Vom Münchener Dolchstoßprozeß

Beginn der Plädoyers

München, 16. Nov. (Eig. Bericht.)

Mit den Plädoyers im Dolchstoß-Prozeß begann am Montag der Vertreter des Klägers Cobmann Rechtsanwalt Graf Pestalozza. Aus seinen dreißigjährigen Ausführungen sprach eine sehr bemerkenswerte Stimmung der Verantwortlichkeit, die so weit ging, daß Graf Pestalozza diejenigen Redestriche, deren Inhalt er in diesem Prozeß ausreicht zu vertreten habe und die mit seiner Tendenz am Ende nicht einverstanden sind, vornehmlich darum hat, ihr Urteil über seine Festsetzung durch die Zeugen- und Sachverständigenausagen den Beweis für gebracht, daß es während des Krieges maßgebende Führer der USP und mit ihnen Tausende von Volksgenossen gegeben hat, die bewußt und gemußt auf die Zerrüttung der deutschen Wehrmacht hingearbeitet haben, daß man also diese Leute, vor allem aber die Führer und sein Anhang, als die Hauptverantwortlichen der Dolchstoßhandlungen bezeichnen müsse. Eine ebenso feststehende Tatsache sei es aber auch, daß die Wehrheitssozialdemokratie während des Krieges nichts getan habe, was unter dem Gesichtspunkt vaterländischen Verhaltens irgendwie anzurechen wäre.

Graf Pestalozza hob dann die einzelnen beleidigenden Äußerungen in den verschiedenen Artiteln der „Münchener Post“ noch einmal zusammen und erklärte, daß sie in der Zeit der größten politischen Erregung geschrieben worden seien. Weiter umriß er den Standpunkt Cobmanns, der als Nichtparteiopoliitiker in den „Süddeutschen Monatsheften“ die Auffassung der Freiheit vertritt, die jedem Meinungsäußerung gestattet. — In längeren theoretischen Auseinandersetzungen ging er dann auf die Sprachgebrauchsmängelheiten und die darin liegende Gefahr der Verallgemeinerung ein. Er erklärte, daß es vollkommen überflüssig sei, auf die Einzelheiten der Beweisaufnahme einzugehen, da es sich aeseht habe, daß bei diesem Prozeß überhaupt niemand einen außerparteilichen Standpunkt vertreten könne. Nur so sei es zu erklären, wenn bei einer Teil eine bestimmte Tatsache für eine Fälligung erklärt, der andere nicht. Die Hauptfrage sei, ob dem Professor Cobmann nachzuweisen sei, daß er wider besseres Wissen falsche Behauptungen in einem der beiden Dolchstoßhefte aufgestellt habe, und diese Frage sei auf Grund der Gesamtverantwortlichkeit Cobmanns und seiner schriftstellerischen Tätigkeit zu verneinen. Infolgedessen stelle sich der Vorwurf der bewußten Fälligung als eine ungeheuerliche, durch nichts gerechtfertigte Ehrenkränkung des Privatlebens dar.

Als das überraschendste Ergebnis der Beweisaufnahme erklärte Graf Pestalozza die Tatsache, daß die gleichen Personen, die während des Krieges in der schärfsten Weise das Verhalten der USP als die Landesverteidigung gefährdend bezeichnet haben, jetzt die gleichen Führer, die merkwürdigerweise in diesem Prozeß gar nicht zu Wort gekommen seien, in Schutz nehmen. Dabei übergab er dem Gericht und der Gegenpartei eine lange Reihe von zusammengesetzten Äußerungen aus Neben sozialistischer Führer während des Krieges, mit denen er gegen die revolutionäre Bewegung der Arbeiterbewegung der Unabhängigen, die vormalige Vorbereitung der Revolution und die revolutionäre Bewegung der Wehrmacht durch die USP für hinfällig erklärt. Als das größte Ereignis von ungeheurer Tragweite bezeichnete er das Marinemuterei 1917, bei der sich die Unterwühlungsanstalt der Unabhängigen im Reinkultur aeseht hätte, wenn sich auch nicht der direkte Beweis führen ließe, daß die Führer dieser Muterei im Fraktionszimmer der USP im Reichstag in den Händen von Dittmann und Haack und der Frau Zies zusammengekommen sind.

In einem besonderen Abschnitt nahm Graf Pestalozza noch einmal Stellung zu seiner bekannten Erklärung im Anfang des Prozesses, daß die Wehrheitssozialdemokratie in den „Süddeutschen Monatsheften“ nicht angegriffen sei. Diese Erklärung, die bei allen extrem rechtsgerichteten Kreisen einen Aufschrei hervorgerufen habe, sei im Einklang mit dem Standpunkt Cobmanns abgelesen worden. Aus dieser freimütigen Erklärung möge die Gegenpartei die Ueberzeugung gewinnen, daß es dem Kläger nicht darum zu tun sei, den Gegner zu verächtlichen, sondern um das Bestreben der richtungslosen Wahrschaffigkeit auch gegen sich selbst und gegen seine eigenen Interessen. Aus der ganzen Art wie der Prozeß geführt worden sei, könne man die Hoffnung schöpfen, daß er zu einer Klärung innerhalb des deutschen Volkes beitrage.

Am Schluß sprach Graf Pestalozza von den beiden jogen Bündnissen des Generalis Groener, zunächst über dessen Bündnis mit Haack ameis Unterbindung von Straits und dann über das Bündnis mit dem Volksbeauftragten Ebert, das das Ziel verfolgte, Ruhe und Ordnung zu schaffen. Dieses letztere Bündnis bezeichnete er als eine große Hinaabe an die Volksgemeinschaft, bei der der sozialdemokratische Führer wirklich welt- historisch groß gewesen sei, aber auch der zu Tode getroffene Militarismus habe sein Heiliges aesehen und sich mit seinem früheren Gegner vereinigt. „Wenn heute“, so schloß Graf Pestalozza das Plädoyer, „Denkmäler gebaut werden für die Gefallenen im Kriege, und wenn die Zerrissenheit des Volkes so groß ist, daß die Sozialdemokraten bei diesen Totenfeiern nicht einmal dabei sein können, weil sie nicht gebildet werden, so stelle ich dieses große erfreuliche Bild aus jener Zeit des November und Dezember 1918 in den Vordergrund, wo Wehrheitssozialdemokratie und Militarismus, beide fast her- bend, sich vereinigt, um das deutsche Vaterland aufzurichten. Und wenn das der Gewinn unseres Prozesses ist, sagen zu können, wir haben hier vielleicht die Hoffnung, an eine Gemeinschaft in der zukünftigen Entwicklung unseres Volkes zu denken, so wurde dieser Prozeß nicht umsonst geführt.“

Am Dienstag beginnt das Plädoyer des Rechtsanwalts Dr. Hirschberg.

### Vom österreichischen Parteitag

Wien, 15. Nov. (Eig. Bericht.) In der Sonntagsitzung des Parteitaes der österreichischen Sozialdemokratie erbatete Dr. Otto Bauer sein Referat über das Agrarprogramm der Partei. Dieses Programm befaßt sich im ersten Kapitel mit den Forderungen zur Hebung der Produktivität der Landwirtschaft und fordert die Vertiefung der Landwirtschaft von der Ausbeutung durch das Grundbesitzer, Maßregeln gegen die Uebererschuldung der Landwirtschaft sowie eine Reform der Besteuerung, namentlich in der Richtung, daß das Einkommen des arbeitenden Bauern ebenso besteuert wird wie das des Arbeiters. Im nächsten Kapitel werden die Forderungen zum Schutz der Landarbeiter aufgestellt, wobei die Errichtung von Heimstätten für heillosen Landarbeiter verlangt wird. Das dritte Kapitel betrifft den Uebergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, wobei die Sozialisierung des großen Landbesitzes sowie des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes verlangt wird. Im letzten Kapitel wird die Stellung der Bauern in der sozialistischen Gesellschaft betrachtet und an die Spitze der Satz gestellt: „Der Sozialismus bekämpft das Agrarregiment der Herrenklasse, nicht aber das Arbeitseigentum der Bauern.“

Durch die Sozialisierung des Agrarregiments der Herrenklasse wird das Arbeitseigentum der Bauernschaft nicht gefährdet, sondern gestärkt.“ Das Referat Dr. Bauers dauerte über 2 Stunden und füllte den größten Teil der Sonntagsvormittags- sitzung aus. Dann begann die Debatte über diesen Punkt, die am Montag fortgesetzt wird.

Am Schluß der Sonntagsitzung wurde noch folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die ungarische Regierung ist wieder einmal im Verfall, im Verfahren gegen Katoß die brutale Gewalt an die Stelle des Rechts zu setzen und die brutale Verhandlung vor dem Standgericht hat erwiesen, daß es sich um Handlungen von unzeitigen, zum Teil jugendlichen Schwärmern handelt, gegen welche die Urteilung des Standgerichts eine unacheute und bewußt beschwerliche Uebererschuldung der Bedeutung ihrer Handlungen darstellt. Der Parteitag protestiert vor ganz Europa gegen die Brutalität der gegenwärtigen Machthaber Ungarns entbrannte, durch nichts gerechtfertigte Einsetzung des Standgerichts.“

Am Nachmittag besichtigten die ausländischen Gäste und die Delegierten die großen Bauten der Wiener sozialistischen Gemeinde.

Wien, 16. Nov. (Eig. Bericht.) In der Montagsitzung des Sozialdemokratischen Parteitaes wurde die Debatte über das Agrarprogramm fortgesetzt und dieses nach einem Schlußwort des Genossen Dr. Bauer einstimmig angenommen. Dann wurde zur Wahl des Parteivorstandes geschritten. Dr. Friedrich Adler hat in einem Schreiben an das Parteivorstandes Komitee erklärt, mit Rücksicht auf die Beschaffenheit des internationalen Kongresses in Marzelle nicht abgehen zu können, wenn er wieder händig in Österreich sein werde. Er sei daher nicht in der Lage, eine Wahl in den Parteivorstand anzunehmen. In seiner innerlichen untrennbaren Verbundenheit mit der österreichischen Partei ändere sich aber nicht das mindeste. Das Parteivorstandes Komitee nahm daher von einem Wahlvorstand Dr. Adlers Abstand. An seiner Stelle wurde der Obmann der Gemeindefunktionäre, Genosse Anton Siller, gewählt. In Stelle der heu den verstorbenen Genossen, des früheren Parteimeisters Neumann und des Abg. David wurden der Abg. Geyer und der Abg. Bötzler in den Parteivorstand gewählt, während die bisherigen Mitglieder wieder gewählt wurden. Der Vorsitzende des Parteitaes, Genosse Seiki, gab einen kurzen Überblick auf die Arbeiten des Parteitaes und wies auf die Bedeutung des neubestimmten Agrarprogramms für die Partei hin. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde dann der Parteitag geschlossen.

### Aus dem Freistaat Baden

Die zwei Gesichter des Zentrums

Unserem Mannheimer und Heidelberger Parteiorgan wird geschrieben:

„Es ist wahrlich kein Geheimnis mehr, daß sich bei den gegenwärtigen Verhandlungen über die Regierungsbildung das Zentrum in jeder Weise für die Einbeziehung der Nationalliberalen ins Zeug legt. Das dadurch die Selbstständigkeit der Partei des allmählichen Aufstiegs“ sich zur Uebersehensweite feiner, seite sich schon darin, daß nach einer parteilichen Auffassung die Volkspartei ein Ministerium beanprucht durch das der Nationalliberalen „maßgebender Einfluß gesichert“ wird. Das das Zentrum den liberalen Wünschen und Ansprüchen noch Vorstoß leistet, das muß doch schon offenkundig sein.“

Was konnte man nicht alles während des Wahlkampfes von Zentrumseite speziell über die „Herren Liberalen“ hören. Und wie oft aeseiterte der „Bad. Beobachter“ fast in jeder Nummer! Wie oft warnte man davor, daß der Liberalismus der 70iger und 80iger Jahre wieder tonangebend werde.“ Und der „Bad. Beobachter“ fügte hinzu, einem solchen Treiben Vorstoß zu leisten, wäre Verrat an dem Ziel des Zentrums! Und am 1. Oktober schrieb der „Bad. Beobachter“:

„Am dem Tag, an dem sie (die Liberalen) die politische Macht oder auch nur nebenswerten Einfluß erlangen würden, wäre der alte Streit wiederum da! Wir hoffen, daß die Zentrumskartell auch in Zukunft Sorge trägt, daß diesen nationalliberalen Gesellen entsprechender Widerstand entgegen gesetzt wird!“

Und heute, nach den Wahlen! Einerseits „Kampf gegen den schwarzen roten Bloß“, dann „Großherzog-Brief“, dann „Partit“ usw. andererseits ein Suchen, als ob es ohne Volkspartei gar nicht aese. Da face mal einer, die Zentrumspartei sei frei von jeder Demagogie! Was face denn Herr Minister Dr. Köhler dazu? Er erklärte in einer Wahlversammlung im Frankenthal, daß das Zentrum für die Zusammenarbeit im neuen Landtag drei Forderungen stellen müsse, daß „Der Parteitag 1. fest und entschlossen auf dem Boden der Republik, 2. auf demokratischem Boden steht und 3. soziale Hilfsbereitschaft sei.“ Uebernimmt Herr Köhler die Garantie dafür, daß die liberale Volkspartei „fest und entschlossen“ auf dem Boden der Republik steht (Beispiel: Festhalle in Karlsruhe, Abg. Bauer) oder gar soziale Hilfsbereitschaft den Arbeitern und unteren Beamten leistet?

Uns dünkt, daß gerade die Tatsache des ewigen Lavierens ein Grund der Mißtrauenheit in den Zentrumstreibern ist. Von unseren Führern erwarten wir, daß sie auch weiterhin an der Forderung nach einer wirklichen republikanischen Koalition, der Fortsetzung der Politik durch die drei alten Koalitionsparteien festhalten.“

### Weiterbau der Reichsbahn

Vor einigen Tagen fand im Rathaus in Petersburg auf Einladung des Finanzministeriums eine Besprechung über die Frage der Fertigstellung der Bahnstrecke Dvorenau-Petersburg statt. An der Besprechung nahmen Vertreter der interessierten Gemeinden und der Behörden teil. Nach einem Referat des Direktors des Finanzministeriums erfolgte eine eingehende Aussprache über die von den Interessenten aufzubringenden Stellungnahme. Eine Einigung wurde durch die einstimmige Stellungnahme der Beteiligten erreicht; es werden nun noch die Bürgerausschüsse aufgestellt werden. Die nach der Mitteilung des Reaktionsportreters die Verhandlungen mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Berlin abgehandelt sind, kann nach Zustimmung der Bürgerausschüsse auf der Peterstaler Besprechung mit der alsbaldigen Wiederaufnahme der Bauarbeiten gerechnet werden. Der Vertreter der Reichsbahndirektion stellte dies in Aussicht, sowie ferner, daß in diesem Falle der Bahnbau im Jahre 1926 zu Ende geführt werden solle.



# Die Wahlen in der Tschecho-Slowakei

### Das endgültige Ergebnis

Pras, 17. Nov. (Eig. Meldung.) Die einzelnen Parteien haben nach dem amtlichen Wahlergebnis folgende Stimmenzahl erbracht: Tschechoslow. Sozialdemokratie 631 103, deutsche Sozialdemokratie 411 774, Vereinigte Kommunisten 631 719, tschechische Agrarier 917 389, tschechoslowakische Volkspartei 689 970, tschechoslowakische Sozialisten 709 096, Landbund 566 911, slowakische Volkspartei 474 017, Gewerkepartei 287 880, Nationaldemokraten 284 233, deutsch-slowak. Sozialdemokratie 313 906, Deutschnationale 214 893 und Neutschnationalsocialisten 167 312. Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht nur bei weitem die stärkste deutsche Partei geblieben, sie kann auch seit den Gemeindevahlen des Jahres 1923 einen Zuwachs von 15 000 Stimmen buchen.

Pras, 18. Nov. (Eig. Bericht.) Die Parteien werden nach einer nichtamtlichen Wahlstatistik im neuen Parlament der Tschechoslowakei voraussichtlich in folgender Stärke vertreten sein: Agrarier 35 Abgeordnete, Volkspartei 30, Nationalsozialisten 25, Sozialdemokraten 23, Nationaldemokraten 12, Gewerkepartei 12, Kommunisten 29. Deutsche Parteien: Sozialdemokraten 17, Nationalsozialisten 8, Deutschnationale 10, Landbund 18, Christlichsozialisten 12. Die Zahl der deutschen Mandate dürfte danach 65 betragen. Da die Wahlergebnisse aus der Slowakei immer noch nicht vorliegen, werden bei den tschechischen Parteien noch einige Änderungen eintreten. Nach dem bisherigen Stand sind die 5 tschechischen Parteien, die bisher die Regierung bildeten, in die Minderheit geraten.

### Ergebnis der Senatswahlen in der Tschechoslowakei

Pras, 18. Nov. Bei den Senatswahlen erhielten die republikanische Agrarpartei 15, die Kommunisten 13, die tschechische Volkspartei 11, die slowakische Volkspartei 10, die tschechischen Sozialisten 9, die tschechischen Sozialdemokraten 8, der Bund der Landwirte (deutsche Partei) 7, die deutschen Sozialisten 5, die Deutschnationalen und die Deutsch-Christlich-Sozialisten je 3, die Nationaldemokraten 2, die ungarische Christlich-Landpartei, die tschechische Gewerkepartei und die deutsch-nationalistische Arbeiterpartei je 1 Mandat.

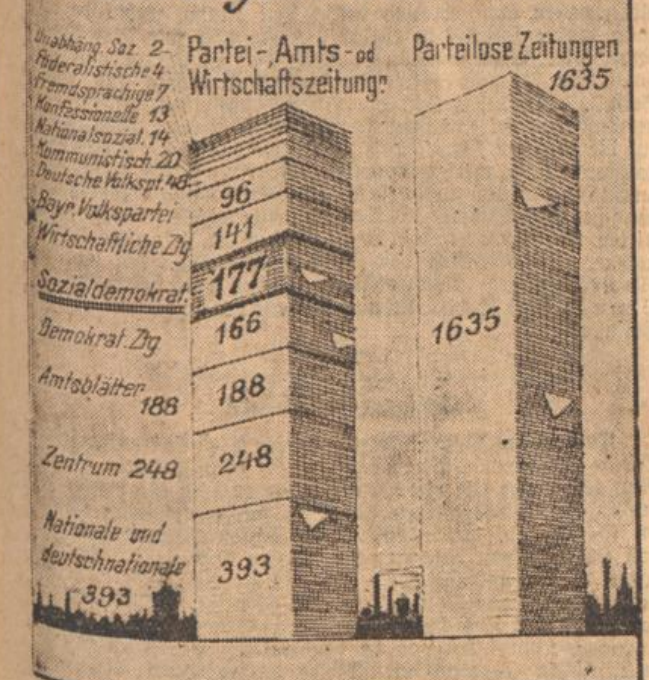
# Neue U-Bootsbauten der amerikanischen Marine

Washington, 17. Nov. Der Staatssekretär der Marine, Willbur, teilte mit, das Marineamt beschließt, den Bau von U-Booten zu beschleunigen, um die Zahl der U-Boote auf 100 zu erhöhen. Zwei dieser Boote sind bereits im Stapel gefaßt, zwei andere sind im Bau begriffen. Staatssekretär Willbur lehnte es ab, sich zu der amerikanischen Anstrengung zu äußern, noch der der Unterseebootsbau durch internationale Übereinkunft eingeschränkt werden sollte.

WTB. New York, 17. Nov. Die von englischer Seite anlässlich des Unglücksfalles M 1 gemachten Vorschläge auf Abschaffung der U-Boote werden in den Vereinigten Staaten großes Interesse. Man weiß darauf hin, daß bereits auf der Washingtoner Konferenz Bereitwilligkeit bestand, die U-Boote abzuschaffen, falls Frankreich sich dem anschließt.

New York, 17. Nov. Senator Borah hat sich einem Vorschlag zum Verbot der Abschaffung der U-Boote angeschlossen. Auch Senator Swanwick sprach sich ausunehmen einer Abschaffung aus, falls diese durch Zustimmung aller Völker der Welt herbeigeführt werden könne.

# Die Zeitungen in Deutschland.



### Die Zeitungen Deutschlands

Die Zeitungen in ihrer inneren Struktur, in ihrer Tendenz, so recht die politische — oder richtiger gesagt unpolitische — Einstellung des Deutschen wieder. Sonst wäre es nicht möglich, daß von den 3152 Zeitungen, die wir nach der neuesten Zusammenstellung in Deutschland haben, nicht weniger als 1635 (51 %) als „parteilos“ gelten. Sines kommen noch die Amtsblätter, die wirtschaftlichen, konfessionellen Zeitungen u. a. m. Von den Blättern mit klarer Parteifarbung sind die sozialdemokratischen Zeitungen der zwar nicht zahlreichen, wohl aber die arbeitende Bevölkerung lebensnotwendigste Teil der deutschen Presse. An unserer bestehenden Statistik ist nur die Zahl der Zeitungen, nicht aber die durchaus verschiedene, meist aber auch schwankende, Auflagehöhe berücksichtigt. Bei einer bezugsweisen Zusammenstellung würde die sozialdemokratische Presse gegenüber den vielen Einzelblättern der meisten anderen Parteien noch wesentlich günstiger dastehen, da ihre durchschnittliche Auflage erheblich höher ist.

# Herr Dr. Hellpach und Herr Dr. Hellpach

In der gestrigen ersten Morgenausgabe der „Frankfurter Zeitung“ steigt an leitender Stelle trillernd, singend und jubelnd wie eine Lerche im Frühling der demokratisch-republikanische Staatspräsident Baden empor, um den Lüften ein Liedlein anzuertrauen, wie herrlich, groß und wunderbar die Reife des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg durch Württemberg, Baden und Hessen gewesen ist. Herr Dr. Hellpach ist keine eiserne Lerche, die mit literarischem Jubel emporkieft, sein Gesang ist nicht einmal sentimental deutschen Göttern, sondern sentimentalen Bäumen von zarterem Wachstum. Herr Dr. Hellpach beginnt seinen bürgerlich-demokratischen Lichthengsang in der „Frankfurter Zeitung“ wie folgt:

„Zu Frankfurt am Main hat die süddeutsche Besuchsreise des Reichspräsidenten von Hindenburg ein Finale von höchster Vollkommenheit gefunden. Alle Motive schmählicher, hadischer, heillosen Sonderart sind hier noch einmal in einen großen rhein-mainischen Schlusssatz aufammengeklungen. Endlich fand an diesem Schauspiel auch die Republik und Demokratie sich selber in der feierlichen Anerkennung des deutschen Rechts heimwillens, indem das Reichspräsidenten-Schwarz-Rot-Gold dem erwählten Oberhaupt des Reiches huldigte und damit all die Kleinen, Kleinsten und Kleinmütigen beschämte, die anderswärts wie ein spießiges Karrenrad die Eierhälften der Hofnarrsänger-Angstmeierei weiterblieben. Aufmärsche verweigerten, Empörungen fernblieben oder Ansprachen nach dem Wort Republik durchnüffelten, weil ihnen Worte bequemer sind als Kräfte, wohlfeile Redensarten wesenverwandter als unerbittliche Wirkungen die abzuschwächen und lahmzulegen sie durch ihre törichte Praxis sich redlich abmühen.“

Die trillernde Lerche vom Schloßhof in Karlsruhe hat, als sie mit flinkem Flügelstreich sich in die blaue Luft hinauf hob, erwidert, daß da unter ihr, wenn sie über das Stadtbild von Karlsruhe bläute, die „Kleinen, Kleinsten und Kleinmütigen“ im „spießigen Karrenrad“ Aufmärsche verweigern, wenn der Herr Reichspräsident kommt, Empörungen fernbleiben und — jetzt nicht sich ein sonntägliches Ton in das Lichthengstrahl — „Ansprachen nach dem Wort Republik durchnüffeln“. Aber auch in ihrer luftigen Höhe hat die von Hindenburg so begeisterte und trillernde Lerche mit scharfem Auge erkannt, daß es sich nur um Leute handelt, denen „Worte bequemer sind als Kräfte“ und denen „wohlfeile Redensarten wesenverwandt“ sind.

Herr Dr. Hellpach, unser noch darseltiger Staatspräsident, meint, wenn er auch keine Namen nennt, die Karlsruhe Sozialdemokrat, das Karlsruhe Reichsbanner und den — ach! — so lieben „Vollstrecker“. Die Sozialdemokratie, weil sie sich, abgesehen von den zur Repräsentation vermittelten Sozialdemokraten, nicht am Empfang Hindenburgs beteiligt hat; das Reichsbanner, weil es nicht mit Spalier gebildet und hoch geschrien hat; den „Vollstrecker“, weil er daran Anstoß genommen hat, daß in der Begrüßungsrede des Herrn Dr. Hellpach an den Herrn Reichspräsidenten das Wort „Republik“ sorgfältig vermieden worden ist. Darüber mußte natürlich Herr Dr. Hellpach erzürnen, denn er hat vor den versammelten Gesandten dem Herrn Reichspräsidenten gesagt:

„Indem Sie, Herr Reichspräsident, uns eine Würdigung für diesen Weg ins Freie bedeuten, den das deutsche Volk finden muß und finden wird, mache ich mich und alle, die wir hier versammelt sind, zum Dolmetsch des Vertrauens und der Verehrung unseres höchsten Volkes und Landes, wenn ich um, hoch, hoch...“

Das ist die hümmige Ansprache des Deutschnationalen Schlagwortes aus der Präsidentenwahl-Kampagne, daß Herr von Hindenburg der „Retter“ sei, dem gegenüber sich nur der habdliche Staatspräsident Herr Dr. Hellpach zum „Dolmetsch des Vertrauens“ namens des höchsten Volkes glaubte machen zu dürfen.

Als wir diese Stelle der Hellpachschen Rede gelejen hatten, stieg vor unserm geistigen Auge ebenfalls ein Dr. Hellpach auf, der am 22. April 1925 im großen Saale der Festhalle zu Karlsruhe als blendender redner Tausende von Wählerinnen und Wähler zur Begeisterung hinriß. Jener Dr. Hellpach sagte damals:

„Und Deutschland, vor der Frage stehend, ob es Marx oder Hindenburg an die Spitze des Reiches berufen soll, entscheidet sich mit seiner Antwort darüber, ob es endlich eine solche nationale Eigenbewusstheit werden will — dann wählt es Marx; oder ob es auf dieses Emporengehen zu den Höhen des nationalen Lebens verzichtet — dann wird es den Marsch wählen.“

Der Marschall, werde Volksgegnen, war uns allen eine unantastbare ehrwürdige Gestalt. Und wer es mit ihm auf meint, gerade der wählt ihn am 26. April nicht. Sein Amtieren würde die tödlichste Niederlage werden, die er in seinem Leben erlitten hat. Mit allen Folgen auszulösen aber hätte diese Niederlage das deutsche Volk. Hindenburg erblüht, wie der Ausfall seiner Denkwürdigkeiten zeigt, auch heute noch im deutschen Kaiserreich den Fels aller nationalen Hoffnungen. Er steht nicht, daß dieses Kaiserreich in der Schicksalsprüfung des Weltkrieges sich nicht als Fels bewährte, sondern in der Brandung der Not flüchtig zerbrach, und daß jeder Versuch, es wieder aufzurichten, höchstens eine Klippe schaffen würde, an der die Zukunft der Nation stranden könnte.

Man mache sich klar, daß wir an einem der größten Wendepunkte unserer politischen Geschichte überhaupst stehen; und Deutschland, vor der Frage stehend, ob es Marx oder Hindenburg an die Spitze des Reiches berufen soll, entscheidet sich mit seiner Antwort darüber, ob es endlich eine solche nationale Eigenbewusstheit werden will — dann wählt es Marx; oder ob es auf dieses Emporengehen zu den Höhen des nationalen Lebens verzichtet — dann wird es den Marsch wählen.“

Man mache sich klar, daß wir an einem der größten Wendepunkte unserer politischen Geschichte überhaupst stehen; und Deutschland, vor der Frage stehend, ob es Marx oder Hindenburg an die Spitze des Reiches berufen soll, entscheidet sich mit seiner Antwort darüber, ob es endlich eine solche nationale Eigenbewusstheit werden will — dann wählt es Marx; oder ob es auf dieses Emporengehen zu den Höhen des nationalen Lebens verzichtet — dann wird es den Marsch wählen.“

daß die Neuordnung Europas unter aktiver Mitarbeit des neuen deutschen Staates vollzogen werden muß, und daß die nächsten sieben Jahre vor allem dieser gigantischen politischen Aufgabe gehören werden — und man begreift dann vielleicht, wie nötig eine Nation sich selber aus dieser Mitarbeit ausschließen müßte, wenn sie es fertig brächte, für diese sieben Jahre einem Greise das Steuer in die Hand zu drücken, der von sich besuagt und von dem alle Erfahrungen es besuagen, daß politische Dinge ihn nie interessieren und beschäftigen haben, sondern daß er ihnen ebenso widerwillig wie kenntnislos gegenübersteht!

Der Feldmarschall wäre unvermeidlich als Reichspräsident nur eine Schachfigur in den Fingern seiner Ratgeber. Und das heißt, in den Fingern der Leute, die seine Kandidatur gemacht haben, — und das heißt der Leute, die den stärksten Anteil an der falschen Vorkriegspolitik Deutschlands hatten. Wir brauchen an der Spitze des Reiches eine Persönlichkeit, der die Demokratie Gesinnungssache ist, der die Republik nicht bloß eine zufällige Hülse des öffentlichen Lebens bedeutet...“

In jener Versammlung waren auch Sozialdemokraten und Reichsbannerleute; ihnen klingen heute noch die scharfen und kritischen Sätze in den Ohren, die Herr Dr. Hellpach am 22. April gesprochen hat. Und da ist es halt doch ein bißchen viel verlangt, wenn der blendende Redner vom 22. April am 11. November des gleichen Jahres verlangt, daß seine Zuhörer vom Frühjahrs im Herbst Spalier bilden und hoch schreien sollen. So leicht wie es Herr Dr. Hellpach kann, können die Sozialdemokraten nicht bald dahin, bald dorthin flattern. Auch am 11. November erinnern sich eben die Karlsruhe Sozialdemokraten und die republikanischen Reichsbannerleute daran, daß der Herr Reichspräsident von Hindenburg, am 12. September 1922 an seinen „alldurchschlauchtigen, arohmächtigen Kaiser, allergnädigsten Kaiser, König und Herr!“ einen untertänigsten Brief geschrieben hat, der wie folgt schließt:

„Eurer Majestät bitte ich mit dieser Darlegung nochmals zu versichern, daß ich mein Leben lang in unbegrenzter Treue zu meinem Kaiser, König und Herrn gestanden habe und stehen werde, und daher auch immer und überall die Verantwortlichkeit für den Entschluß am 9. November zu tragen gewillt bin.“

In tiefer Ehrfurcht und allerhöchster Dankbarkeit verharre ich allezeit als Eurer Kaiserlichen und Königlischen Majestät alleruntertänigster von Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Ansichts dieser Tatkraft hat es eben bei vielen Republikanern und bei der Sozialdemokratischen Partei in Karlsruhe zur Spalierbildung und zum Hochrufen nicht gelangt. Außerdem: Neun Zehntel der aktiven Mitglieder des Karlsruhe Reichsbanners sind Arbeiter, die eine empfindliche Lohn-einkünfte erlitten haben würden, wenn sie an der Spalierbildung sich beteiligen hätten und wir sind sicher, auch die von Hindenburg begeisterten Unternehmern würden sich gemeinert haben, den Reichsbannerleuten den Lohnverlust zu erleiden. Und die Reichsbannerleute, die ohne materiellen Verlust an der Spalierbildung sich hätten beteiligen können, sind ein sehr kleines Häuflein. Was nicht zuletzt daher kommt, daß die Parteifreunde des Herrn Dr. Hellpach und die Parteiführer des Zentrums nur ausnahmsweise sich aktiv am Reichsbanner beteiligten. Sollen denn die Arbeiter vor immer und allein die Opfer bringen? Gerade die sozialdemokratischen und republikanischen Arbeiter haben in diesen schweren Jahren seit dem Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschland für die Erhaltung des deutschen Reiches, für die Republik und die Demokratie in jeder Beziehung die denkbar schwersten Opfer gebracht. Wo sind demgegenüber ähnliche Opfer des Zentrums? Und Herr Staatspräsident Dr. Hellpach: wo sind den Opfern proletarischer sozialistischer Arbeiter gegenüber Ihre Opfer? Wo nehmen Sie das Recht her, uns sozialistischen Republikanern sagen zu dürfen, uns seien die Worte bequemer als Kräfte und wohlfeile Redensarten wesenverwandt?

Auch wir Sozialdemokraten bringen dem Reichspräsidenten, als Oberhaupt der deutschen Republik, die ihm schuldige und schuldhafte Achtung entgegen. Auch Herrn von Hindenburg. Und wir können uns durchaus den Fall vorstellen, daß über kurz oder lang einmal eine solche ernste Situation entstehen könnte, daß auch wir für Herrn von Hindenburg als Reichspräsidenten uns erheben und marschieren, falls er getreu seinem Eide die gegenwärtige Staatsform zu schützen hat. Und wenn wir jemals, was wir nicht wünschen und hoffen wollen, in eine solche Situation geraten sollten, dann, Herr Staatspräsident Dr. Hellpach, würde es sich erweisen, wenn die Worte bequemer, die Redensarten wohlfeiler oder die Tat näher wäre. Wir sprechen Ihnen das Recht ab, Herr Dr. Hellpach, in dieser Art über die sozialistische Arbeiterschaft in Karlsruhe und über das hiesige Reichsbanner zu urteilen.

Und zum Schluß noch eins: Wir haben es mit Recht gerügt, daß Herr Dr. Hellpach in seiner Begrüßungsansprache an den Herrn Reichspräsidenten das Wort Republik vermieden hat. Gerade weil Herr von Hindenburg Monarchist ist, muß ihm immer wieder in Erinnerung gebracht werden, daß Deutschland eine Republik ist. Ansichts dieser Sachlage erhalten eben auch Worte ihre Bedeutung und ihren tiefen Sinn. Daß man des einem Demokraten und Republikaner wie Herrn Dr. Hellpach öffentlich sagen muß, ist interessant genug.

# Kleine badische Chronik

Hagsfeld. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Mittwoch, 18. November, abends 8 Uhr findet eine Mitglieber-Versammlung im Rathausaal statt. Die Bewahrungsmittellieber müssen eine halbe Stunde früher erscheinen.

Mannheim. Durch unbefannte Ursache ist am Sonntag auf dem Lagerplatz des Fuhrunternehmers Hermann in der Kaiserstraße ein Kalkauto in Brand geraten. Die Gefahr wurde durch die alarmierte Berufsfeuerwehr beseitigt.

Iloesheim. Der Bürgerauschuss genehmigte nunmehr den Bau einer festen Brücke über den Neckar, die 1,2 Millionen Mark kosten soll. Iloesheim hat davon rund 120 000 Mark zu tragen; die übrigen Kosten entfallen auf die Nachbargemeinden. Das genehmigte Projekt sieht eine Gitterkonstruktionsbrücke vor, deren Bau bis Ende nächsten Jahres fertig sein soll und in die Nähe der bisherigen Fährte gelegt werden soll.

Schriesheim. Die Autobusverbindung Mannheim-Schriesheim soll am 22. November eröffnet werden. Die Inbetriebnahme der regelmäßigen Verbindung wird vorläufig mit drei Wagen erfolgen, denen Ende November zwei weitere Wagen folgen. Die Autobusse mit geschlossener Karosserie haben Sitzplätze für 35 Personen.

Zunowier bei Offenburg. Sonntag abends nach 8 Uhr brach in dem Anwesen des Landwirts Karl Obert Feuer aus. Durch rasches Eingreifen konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden. Nur Scheune, Stall und Speicher brannten aus. Die Wohnräume stehen noch als Ruine. Alles Lebende wurde gerettet, auch sonstige Gegenstände. Ursache des Brandes unbekannt.

Nordrach. Die durch den Tod des Medizinalrats Dr. Johann Schmidt erledigte Direktorenstelle der weitbekanntesten Landesheilanstalt Nordrach-Fabrik wurde dem Leiter der dortigen Lungenheilanstalt Heidenhof bei Hannover, Dr. Morawitz übertragen.

Furtwangen. Sonntag mittag hat sich auf dem hiesigen Friedhof der Redner Weber vom Konsumverein erschossen. Der Grund zur Tat soll in Nahrungsfragen gelegen haben. Weber hinterläßt eine Frau mit fünf unmnündigen Kindern. Schönenbuch bei Schopfheim. In der hiesigen Weberlei machte sich der Arbeiter Friedrich Böhler an der Transmission zu schaffen. Dabei wurde sein Knie von einem Eisenstück verletzt, so daß er fürchtbare Schmerzen erleiden mußte. Der linke Arm wurde dem Verunfallten vollständig herausgerissen und der rechte Arm mehrfach bedroht. Der Zustand des Verunfallten ist ernst.



# Unterhaltung und Belehrung

## Pelle der Groberer

Von Martin Andersen Nexø

163

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

„Mm“, sagte sie und schlug sich auf den eingefallenen Mund, „das hat keine Not, und weißt du, worauf ich verfallen bin, damit die Spürhähne sich nicht wundern sollen, wovon ich lebe? Ich nähe Kleidungsstücke.“

Dann kam die kleine Marie mit Eimer und Schuereklappen, und die Alte humpelte von dannen.

In Meister Weds Werkstatt herrschte harte Zeit, Pelle arbeitete daher jetzt meistens zu Hause. Er verfiel nun selbst über seine Zeit und konnte den Tag benutzen, wenn die Leute zu Hause waren, um seine Fachgenossen aufzusuchen und sie für die Organisation zu gewinnen. Es kostete oft lange Ueberredungen, und auf jeden Mann, den er anwerben konnte, war er stolz. Er lernte es in aller Eile, die verschiedensten Arten Menschen zu beurteilen, und richtete sein Vorgehen nach ihrem Charakter ein: die Versagten konnte man durch Drohungen gewinnen, andere mußten gelockt oder mit den neuen Lehrlingen in gute Laune geschwankt werden. Das war eine gute Übung, und er gewöhnte sich daran, geschmeidig im Denken zu sein und seinen Stoff zur Hand zu haben. Das Gefühl seiner Herrschaft über die Mittel wuchs beständig und verlieh seinem Auftreten Sicherheit.

Die Verfaämnis in der Arbeit holte er wieder ein, indem er doppelt eifrig war, wenn er dabei war, früh aufstand und lange bei der Arbeit sitzen blieb.

Den Nachbarn im dritten Stock hielt er sich fern; aber wenn er Dannes leichten Schritt auf dem Holzweg da drüben hörte, guckte er verstohlen hinunter. Sie ging ihren geraden Weg wie ein Kameel, zur Arbeit und wieder nach Hause, den Blick auf ihre Schuhe gerichtet. Sie sah nie zu seinen Fenstern hinauf oder sonst irgendwohin. Es war, als habe ihr Wesen sein leichtes Klattern vollzogen und liege nun da und wüßte.

Es wunderte ihn, daß er sie mit so fremden, fast gleichgültigen Augen betrachtete, als habe sie ihn niemals etwas angegangen. Und er audte neugierig in sich selbst hinein — nein, in ihm war nichts zerbrochen. Der Appetit war gut, und das Herz war gar nicht zu merken. Es mußte also eine hohe Liebe gewesen sein, eine Luftspiegelung von der Art, wie die Wandlerin sie auf ihren Wegen antrafen. Schön war sie ja; aber es war ihm nicht möglich, etwas Märchenhaftes an ihr ausfindig zu machen; Gott weiß, warum er sich so hatte einspinnen lassen. Ein Glück war es, daß er nicht hängen geblieben war — bei Hanne war keine Zukunft!

Madam Johnson fuhr fort, liebesoll an ihm zu hängen, und sie kam oft herüber, um eine kleine Unterhaltung zu machen; sie konnte die guten Tage nicht verpassen, die sie miteinander gehabt hatten. Es endete stets mit einem Zammer über Hanne; die Alte schüttelte sich von ihr verlasten:

„Kannst du befehlen, was mit ihr ist, Pelle? Sie geht wie im Schlaf herum, und auf alles, was ich sage, antwortet sie nur: „Ja, Mutter, ja, Mutter!“ Ich könnte weinen, so wunderbar leer klingt das, wie eine Stimme aus dem Grab. Und von dem Glück redet sie nie mehr — schmerzt sich auch nicht, um es in Empfang zu nehmen! Wenn sie doch wieder mit ihren Narrenstreichen anfangen und nach dem Fremden aussehen möchte, dann hätte ich mein Kind doch wieder. Aber sie geht nur umher und sinkt in sich zusammen und starrt um sich herum wie im Halblicht, als sei sie mitten in all dem Meer; Launen hat sie gar nicht mehr. Sie geht einfüßig herum mit den Gedanken wie eine wandernde Leiche. Kannst du verstehen, was ihr fehlt?“

„Nein, ich weiß nichts“, antwortete Pelle.

„Du sagst das so wunderbar, als ob du doch was wüßtest und nicht damit herausfinden wolltest — und ich vermisse dich weber aus noch ein.“ Die gutmütige Frau fing an zu weinen.

„Warum kommst du auch nicht mehr zu uns herüber?“

„Ach, ich weiß nicht, ich habe so viel vor, Madam Johnson“, erwiderte Pelle ausweichend.

„Wenn sie bloß nicht verheiratet ist. Sie nimmt gar nicht teil an dem, was ich ihr erzähle; du könntest wirklich auch einmal zu uns herüberkommen — vielleicht würde sie das ein wenig aufmuntern. Du solltest dich jetzt nicht an uns rächen. Sie hat dich doch lieb gehabt auf ihre Weise — und mir bist du wie ein Sohn gewesen. Willst du nicht heut abend zu uns herüberkommen?“

„Ich habe wohl keine Zeit! Aber ich will mal sehen“, sagte er leise.

Und dann ging sie, wunderbar schwer und schleppend. Sie trug ihre fünfzig Jahre schlecht. Pelle hatte Mitleid mit ihr, aber er konnte sich nicht entschließen, herüberzugehen.

„Du bist ganz abseits“, sagte Marie und stampfte wütend auf den Fußboden. „Das ist jämmerlich von dir!“

Pelle runzelte die Stirn. „Das verstehst du nicht, Marie!“

„Ach, glaubst du, daß ich das nicht ganz gut weiß! — Aber weißt du, was die Frauensimmer von dir sagen? Daß du gar kein Mann bist, sonst hättest du Hanne die Fügel fliegen lassen.“

Pelle starrte sie verwundert an; er sagte nichts, sah sie nur an und schüttelte den Kopf.

„Was glottst du mich an?“ sagte sie und stellte sich herausfordernd vor ihn hin. „Glaubst du vielleicht, daß ich mich vor dir geniere, dir zu sagen, was ich will? Glop mich nicht so an, sage ich dir, sonst kriegst du einen aus Maul.“ Sie war glühend rot vor Scham. „Soll ich dir noch was Schlimmeres sagen, weißt du mich mit der Frage anlogst, was? Glaub man nicht, daß ich mich geniere!“ Ihre Stimme war hart und heiser, sie war ganz wild vor Wut.

Pelle fühlte recht auf, daß es die Scham war, die in ihr arbeitete. Sie mußte die Leine auslaufen dürfen. Er schwieg, wandte aber seinen vorwurfsvollen Blick nicht von ihr ab. Pöbellich spie sie ihm ins Gesicht und ließ dann mit einem bösen Lachen in ihr Zimmer hinein.

Da drinnen regierte sie eine Welle heftig mit den Sachen herum und beruhigte sich dann. Durch die Stille konnte er sie leise schluchzen hören. Er ging nicht zu ihr hinein. Solche Szenen zwischen ihnen waren schon früher vorgekommen, und er wußte, daß sie sich den übrigen Tag über selbst schämte und

darunter litt, wenn sie ihm ins Gesicht sehen mußte. Das Gefühl mußte er nicht verleben.

Er strebete sich um und ging aus.

VIII.

Die „Arche“ lag jetzt wie eine schwerfällige graue Masse da. Es war immer dunkel; das Herbstlicht konnte nicht hindringen. In dem Innern der Masse brütete beständig stockfinstere Nacht; die dort wohnen, mußten sich wie Mautwürmer vorwärtskriechen. Die Dunkelheit brachte Leute an die Oberfläche, die sich im Sonnenlicht nicht geltend machen konnten. Da ertönte unaufhörlich Rumoren von Wesen, die sich in halber Blindheit bewegten. Wenn der Schlaf es eine Weile zum Bestimmen brachte, entfielerte die nächtliche Stille noch eine andere Welt; die Wangen brachen sich hörbar Bahn unter den alten Tapeten, Ratten und Mäuse und Holzwürmer arbeiteten um die Wette. Die Finsternis roß ganz wützig von dem herabfallenden Wurmmehl. Ueberall in dem alten Kasten arbeitete die Aufzucht mit Stille von tausend kleinen Tieren. Zuweilen steuerte es sich zu einem mächtigen Laut, der Pelle erweckte, wenn irgendein Balken untergraben war und in ein neues Lager hinabsiel. Dann wandte er sich auf die andere Seite um.

Wenn er des Abends aus war, nahm er gern den Weg durch die belebten Straßen, um teil an dem Pichtglanz zu haben; der reiche Luxus der Läden hielt etwas in ihm wach, es ließen sich fürkliche Verleishe zwischen hier und dort ziehen. Wenn er aus der erleuchteten Stadt in sein eigenes Viertel kam, lagen die Gassen wie häßliche Abflüsse für die Finsternis da, und die „Arche“ ragte unheimlich zum nächtlichen Himmel empor wie ein schwarzer Berg. Düstere Kellerröffnungen führten zu den Wurzeln des Berges hinab, und dort unten in den dunklen Eingängen bewegten sich fahle, schwebende Gesichter mit einer qualmenden Kanne; das waren alle die, die von dem Elend der „Arche“ lebten: die Eisenbänder, die Trödler und die Wucherer, die Geld gegen handbreitliches Wand austauschten. Sie gingen ihnen umher und wühlten zwischen sonderbaren Sachen. Die Finsternis war in sie eingedrungen; Pelle mußte immer an die „Unterirdischen“ dabei denken. So hatte sich der Fuß der Klippe in seiner Kindheit vor ihm aufgetan, und er hatte schauernd die Zwänge zwischen ihren verfluchten Schänen zusehen. Sie gingen hier umher wie gierige Kohldolde, rissen den sorglosen Wesen in der „Arche“ die Grundlauge fort, so daß sie eines Tages in den Keller hinabsinken — und strafen sie mit Haut und Haar auf. Die böse Seite des Märchens war auf alle Fälle keine Kluge!

Eines Tages in der Dämmerung warf Pelle die Arbeit hin und ging, um Mission zu betreiben. Pichelmeier war vor einigen Tagen kerngesund von der Bühnenstiege herabgestürzt, und unten im Hofe lagen die Gebeine des Stadtvierkels rings um die Stelle herum, wo er sich tot gefallen hatte, und beleuchteten sie mit Streichhölzern. Sie konnten ganz deutlich den dunklen Abdruck einer Form, die wie ein Mensch aussah, erkennen und waren ganz davon erfüllt.

Draußen an dem Lonnengang blieb er an dem Kellereisen der Trödlerin stehen. Pichelmeiers Werkzeug lag im Fenster ausgelegt. Na, auch in das hatte sie ihre Klauen geschlagen! Und ging da unten umher und müßte, schorrig und ekkig anzusehen, kaufe an einem unappetitlichen Stück Butterbrot und suchte bei jedem Laut von dort oben zusammen, aus Angst um ihr dreiesiges Geld. Pelle mußte ein neues Wafelbrot haben und ging hinein und kaufte das von Pichelmeier. Er mußte sich mit ihr um den Preis sanfen.

(Fortsetzung folgt.)

## Das Recht des unehelichen Kindes

Von dem Ausnahmegerichtspräsidenten, die im Widerspruch zur Reichsverfassung, nach dem geltenden Rechte die Frau dem Manne gegenüber herabsetzen, treffen die härtesten und ungerechtesten das uneheliche Kind und seine Mutter entgegen aller Vernunft, allen logischen und physiologischen Gesetzen wird dem unehelichen Kinde sein natürliches und selbstverständlichstes Recht abgesprochen, die Verwandtschaft mit seinem Vater. Verwandtschaft beruht also nach dem geltenden Rechte nicht in der Verbundenheit des Blutes, sondern auf einer rein formalen Handlung, auf der Unterschrift und Unterzeichnung eines hierzu bestimmten Formulars. Die Frau, die diese Handlung unterläßt und auf Grund freier Bindung ein Kind zur Welt bringt, häufig, weil ihr die wirtschaftlichen Verhältnisse oder der Wille des Mannes die legale Ehe nicht ermöglichen, ist ein Wesen zweiter Ordnung, und ihrem Kinde hatket daher sein Leben lang der Mangel an, nicht einmal mit seinem Vater verwandt zu sein.

Mit dieser völlig sinnlosen, ungerechten und die Frau, besonders die Prostituierte, in den Augen der „Bürgerlichen“ Welt schädigenden Bestimmung zäumt der Gesetzgeber über die unehelichen Kinder und die Annahme an Kindes Statt auf, der gegenwärtig dem Reichsrat vorliegt. Wichtiger als dieser mehr formal juristische und prinzipiell bedeutungslose Punkt ist die Regelung der Unterhaltspflichten, die dieser Gesetzgebung vorsteht. Er befreit die größte Härte des gegenwärtigen Rechtszustandes, nach dem der uneheliche Vater der Unterhaltspflicht ledig wird, wenn er beweisen kann, daß während der Empfängniszeit andere Männer der Frau beigegeben haben. Wir wissen, welche unendliche Fülle von Gemeinheit und Niedrigkeit aus dieser Bestimmung erwachsen ist, wieviel Leid und Elend sie Tausenden von Frauen gebracht hat. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, daß der neue Entwurf diese Klausel aufhebt und vorstelt, daß alle Männer, die als Vater des Kindes in Betracht kommen, als Gesamtschuldner zu haften haben. Dadurch wird zweifellos aber vor allem die Not der unglücklichen Frauen, denen jede Unterhaltspflicht für das Kind abging, gemildert werden. Eine weitere Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes besteht darin, daß nicht mehr nur die Lebensstellung der Mutter für die Höhe der Unterhaltspflicht entscheidend ist, sondern auch die Vermögenslage des Vaters. Damit ist die große Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß gleichsam eine Kränze darauf gesetzt wird, Prostituierten und „Mädchen aus dem Hause“ zu zahlen, während die Frauen, die in der Unterhaltspflicht in Betracht kommen, noch eine Kränze, als die Erwerbsverhältnisse des Vaters nur insofern in Betracht zu ziehen sind, als dies „seinen sonstigen Unterhaltspflichten entspricht“.

Eine Verbesserung enthalten weiter die Bestimmungen über die elterliche Gewalt. Nach dem bürgerlichen Gesetzbuch ist die uneheliche Mutter von der rechtlichen Vertretung des Kindes ausgeschlossen. Nach dem Entwurf kann auf Antrag sowohl der Mutter als auch dem Vater vom Familiengericht die elterliche Gewalt ausgedehnt werden. Dies ist grundsätzlich zweifellos ein Fortschritt, wenn auch diese Lösung noch keineswegs unserm Ideal entspricht. Einmal ist damit der Artikel 121 der Reichsverfassung, „den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen“, noch immer nicht erfüllt; ferner aber enthält gerade diese Bestimmung eine gewisse Gefahr. Nach der bisherigen Regelung gab es nur zwei Möglichkeiten der rechtlichen Vertretung des unehelichen Vaters am Kinde: die Ehefrau oder die Ernennung des Vaters zum Vormund. Nach dem Reichsgesetz vom 1. März 1900 bleibt im letztgenannten Falle die Vertretung des unehelichen Kindes bestehen. Nach dem neuen Entwurf fällt diese Vertretung fort, ohne dem Vater die volle Verantwortung, wie etwa im Falle der Adoption, aufzuerlegen.

Eine Verbesserung ist auch in der neuen Regelung des Erbrechts des unehelichen Kindes zu sehen. Nach dem BGB. kann im Falle des Todes des Vaters an die Stelle der Weisung der Unterhaltspflicht durch den Erben des Vaters eine einmalige Abfindung in Höhe des Pflichtteils eines ehelichen Kindes treten. Dies ist bisher natürlich in allen jenen Fällen gegeben, in denen es zum Vorteil der Erben und damit zum Nachteil des Kindes und seiner Mutter war. Nach dem Entwurf ist diese Abfindung an die Weisung des Vormundschaftsgerichts gebunden.

Die Unterhaltspflicht gegen die Mutter beschränkt sich bisher auf die ersten sechs Wochen nach der Geburt. Der neue Entwurf erweitert diesen Anspruch auch auf vier Wochen vor der Geburt.

Trotz einer großen Anzahl von Rügen, auf die unsere Vertreter bei der Beratung ihre ganz besondere Aufmerksamkeit richten werden, ist der Entwurf zweifellos als Fortschritt zu bewerten. Schon die Tatsache, daß die Reichsregierung endlich ihr Augenmerk auf die unheilbaren Zustände lenkt, die unter den Unehelichen herrschen, muß man heute, zu einer Zeit, in der wir wirklich nicht mehr verwöhnt sind, auf der Brust begrüßen. Desto deutlicher spricht aber auch das Vorgehen der Reichsregierung dafür, daß hier wirklich die allergrößte Not herrscht. Wir haben seit Jahren immer wieder darauf hingewiesen, daß hier eine Veränderung geschaffen werden muß. Dinge, die Säuglingssterblichkeit unter den Unehelichen fast doppelt so groß ist, wie unter den ehelichen Kindern, daß die Zahl der Mütter unter den Unehelichen etwa drei Mal so groß ist, wie unter den Ehelichen, gibt uns den schlagenden Beweis dafür, daß die rechtliche Grundlage, auf der wir heute stehen, erschüttert, daß die „Moral“, die unterm Reich heute gerade liegt, völlig überwunden ist. Der Entwurf, von dem das Gericht geht, daß er noch vom Rechtsministerium her in den Aftenschriften des Reichsjustizministeriums liegt, ein Gesetz, für das viel Wahrscheinlichkeit besteht, wird zweifellos besser. Doch auch er nur Teilarbeit leisten kann, ist für jeden von uns klar. Aber wir erkennen jeden Versuch an, der Recht schaffen will in einem kapitalistischen, also von vornherein ungerechten Staate.

Dora Fabian.

## Theater und Musik

### Badisches Landestheater

Die Schweizer Morgenfeier am Sonntag vormittag gedieh zu einem würdigen Auftakt der Schweizer Tage in Karlsruhe. Die geistige Elite der Residenz hatte sich im Landestheater eingefunden, an ihrer Spitze Herr Staatspräsident Dr. Heiler. Der Bühnenraum war stimmungsvoll drapiert und mit Vorberühmten geschmückt. Zu Beginn gab Herr Dr. Eduard Korrodi aus Zürich einen gedrängten Vortrag über die schweizerische Dichtung der Gegenwart, die er bis zu ihren Quellen ins 18. Jahrhundert zurückverfolgte. Die Herren Pestalossi, Gottlieb, Gottfried Keller und C. F. Meyer nahen einigen andern, zu denen der Schweizer mit Verehrung blickt, haben auch bei uns den besten Klang, und ihre Anerkennung mußte sofort den kulturellen Kontakt mit dem stammverwandten Alemannenvolk der Schweiz in Erinnerung bringen. Der Redner ertelte freudige Zustimmung und reichen Beifall. Darauf folgte die Uebersetzung eines reichen Programms von ausgezeichneten Perlen der Schweizer Dichtung bis auf die jüngsten Tage herab. Fräulein Helene Stoeck aus Aarau las mit geschmackvoller Intonation und feinsten geistigen Kultur zuerst einige Dialektlieder und später hochgefeilte Darstellungen der Schweizer Dichtung. Die feinsten Darstellungen des Reichsgrammes teilten sich die Mitglieder unserer Landesbühne, Herr Ulrich von der Trenck, Herr Dahlen und Frau Ermarth mit gleichem Gelingen.

### Konzert-Rückblicke

Konzert des Don Kosaken. Dieser Chor hat unter seinem kleinen Dirigenten Serge Jaroff überall große Erfolge. Man kennt ihn seit ein paar Jahren auch in Karlsruhe und bewundert diese kräftigen Stimmen, diese grobkörnige Einheit im Klanglichen. Dabei sind diese Sänger nicht einmal vollständig im einzelnen geschult; die Tenöre sind weich; die Bässe haben Tiefen und Schwärze, die wir Deutsche sonst nicht kennen. Die russische Volksseele treibt, schweigend, erfüllt ihre Arbeit. Und der Ton hält sich wie Orchestern in den Kirchenorgeln, nimmt dasjenige an, in dem weltlichen Liedern fast naturallistischer Ausdruck an. Dieses Temperament, diese allseitige Melancholie haben übrigens auch die Truppsänger aus Prag gehabt. Die Festhalle war gut besetzt. Es gab Dreizehngaben auf Dreizehngaben.

### Literatur

Kinderland 1926 ist ein im dritten Jahrgang vom Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit herausgegebenes Jahrbuch für Eltern und Mädchen. In wertvoller wie illustrierter Hinsicht ist auch diese Ausgabe als gut gelungen zu bezeichnen und wird sich diese wie ihre Vorgängerin viele Leser und neue Freunde zu eigen machen. Das Buchlein ist handlich und hat neben einem bunten Bildband Deckblatt gute farbige Reproduktionen nach Ludwig Richter und dürfte so für Kinderbücher in besserer Weise zusammengestellt sein. Das Jahrbuch ist zum Preise von 1.25 M. in unserer Volksbuchhandlung, Württemberg, 43, erhältlich. Da die Auflage eine beschränkte ist, dürfte es sich für Vereine und Korporationen empfehlen frühzeitig Bestellungen dorthin gelangen zu lassen.











Der ergrünte Volkzeiger vom 18. November

Während des Spiels mit Streichhölzern. Beim Spielen mit Streichhölzern durch Kinder in einem Hause...

Ein Zusammenstoß erfolgte gestern nacht 11 Uhr beim Zusammenstoß zwischen einem Kraftwagen und einem Motorradfahrer...

Manheimer Produktionsliste. Inl. Weizen neu 24-25, Roggen 22-22.5, 30.25, inl. Roggen 15.75-18, ausl. Roggen 18-19.50...

Mark und Handel. Manheimer Produktionsliste. Inl. Weizen neu 24-25, Roggen 22-22.5, 30.25, inl. Roggen 15.75-18, ausl. Roggen 18-19.50...

KAFFEE BAUER. Heute Mittwoch, 8 1/2 Uhr abends. Großes Sonderkonzert der verstärkten Kapelle.

Pfannkuch. Abschlag! Eingetroffen: Größere Posten Prima. Limburger Stangenkäse. Pfannkuch.

Briefkasten der Redaktion

G. Sebestraße. Frage 1: Die Treppensanftaltung muß extra bezahlt werden. Frage 2 wird, sobald Antwort vom juristischen Berater eingegangen, sofort beantwortet.

W. G. Karlsruhe. Wegen Ihrer Anwesenheit wollen Sie sich an das Arbeiter-Sekretariat, Stefanienstraße 74, 3. St. wenden.

Freiße, Offenb. Voraussichtlich reise ich bereits am Donnerstag abend nach Berlin ab, zur Teilnahme an den Reichstags-Sitzungen.

Wie zu 4 Seiten. Vereinsanzeiger. Bei 5 u. mehr Seiten 40 Hg. die Zeile. Bei 5 u. mehr Seiten 50 Hg. die Zeile.

Karlsruhe. Freie Turnerschaft. Donnerstag abend 9 Uhr Turnabschluss in der 'Gambrius-Halle'. Vollauffiges Erscheinen notwendig.

Ettlingen. (Vr.-G.) Verein 'Eintracht'. Samstag, 21. Nov., abends 8 Uhr. Generalsammlung im Lokal zur 'Krone'.

Berliner Devisennotierungen (Mittelfuss)

Table with columns for location (Amsterdam, Antwerpen, London, New York, Paris, Prag, Schweiz, Stockholm, Wien) and exchange rates for 16. November and 17. November.

Vorkläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Donnerstag, 19. Nov.: Wahrscheinlich keine Aenderung (Föhnwindrichtung: ausgeblieben).

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 90, gef. 3; Rehl 192, gef. 5; Maxau 381, gef. 2; Mannheim 264, gef. 10-Zentimeter.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landestheater: 'Der Freischütz'. Städt. Konzerthaus: Bad. Lichtspiele: Filmvortrag 3.9. 3. nachm. 4 Uhr abends 8 Uhr.

Stadtbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle. Sofie Bender, 47 Jahre alt, Ehefrau von Adolf Bender, Direktor. Elise Sander, 61 Jahre alt, Lehrerin a. D. ledig.

Baumaterialien-Großhandlung Julius Graf & Cie. Alle Sorten Baustoffe. Ausführung von Platten-Arbeiten.

Residenz-Lichtspiele Waldstraße. Nur noch 2 Tage! Täglich der große Ausstattungs-Film Gräfin Mariza nach der gleichnam. Operette von E. Kálmán.

Gänselebern. Karch, Karlsruhe, Mühlenterrasse 2 und Zurlach, Pfalzstr. 71.

Hege. Saftige haltbare Streichleberwurst 1 Pfd. M. 1.10. Kraufner. Hand-Schwarzwurst 1 Pfd. M. 1.10. Karte Salami 1 Pfd. M. 2.-.

KAFFEE BAUER. Heute Mittwoch, 8 1/2 Uhr abends. Großes Sonderkonzert der verstärkten Kapelle.

Plakate aller Art liefert rasch und billig Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H., Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Durlacher Anzeigen. Ich mache darauf aufmerksam, daß nach der bezirkspolizeilichen Vorschrift vom 24. August 1925...

Und wenn man verodds wird, sollte man überhaupt nur noch reinen Katholischen Malzkaffee trinken, denn er enthält keinerlei Reizstoffe und schmeckt vorzüglich.

Pfannkuch. Abschlag! Eingetroffen: Größere Posten Prima. Limburger Stangenkäse. Pfannkuch.

Eszet Schokolade Kakao. Theaterstücke. Leset den Volksfreund!

Durlacher Anzeigen. Ich mache darauf aufmerksam, daß nach der bezirkspolizeilichen Vorschrift vom 24. August 1925...

Todes-Anzeige. Meine innigst geliebte Frau, unsere teure Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte Frau Martha Eck geb. Krespach wurde am 17. November 1925 durch den Tod entziffen.

Touristen-Berein 'Die Naturfreunde' Ortsgruppe Karlsruhe. Wintervorträge im Winter 1925/26. Thema der Vorträge: Die Kultur der Gegenwart.

Gefrierfleisch. Der Verkauf von Gefrierfleisch erfolgt diese Woche in den Metzgereien von: Heinrich Grieb, Hauptstr. 2, Karl Franke, Hauptstr. 2, Georg Kraus, Amalienstr. 2240, Der Oberbürgermeister.

Amfliche Bekanntmachungen. Der am 13. Januar 1895 in Kgl. Hofbanen geborene Sattler Heinrich Weidenhammer, wohnhaft in Karlsruhe, Gartenstr. 62, wurde durch Verfügung vom 12. September 1925 wegen Trunksucht entmündigt.

Tagesgespräch bilden die billigen Preise trotz guter Qualitäten in Daniels Konfektionshaus Karlsruhe, Wilhelmstraße 36, 1 Treppe. Keine Ladenspesen.



